

Bankenbrief - Ausgabe 2021-94

Das Thema

Deutsche Bank für Geschäftsverlauf 2021 zuversichtlich

Die Deutsche Bank bleibt im laufenden Geschäftsjahr in der Spur. Ein "weiterhin guter Geschäftsverlauf im zweiten Quartal" bestärke den Vorstand in der Erwartung, 2021 Erträge "auf dem hohen Niveau des vergangenen Jahres" zu erreichen. So hat es Konzernchef Christian Sewing in seiner Rede zur Online-Hauptversammlung des Frankfurter Dax-Konzerns am 27. Mai formuliert, die heute vorab veröffentlicht wurde. Die Zuversicht sei auch dadurch begründet, dass die Bank "für die zweite Jahreshälfte einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung" erwarte, "sobald sich das Leben dank höherer Impfquoten wieder normalisiert". In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres hatte die Deutsche Bank so gut abgeschnitten wie seit sieben Jahren nicht mehr und rund eine Milliarde Euro verdient. Aufsichtsratschef Paul Achleitner lässt die Aktionäre in seinem ebenfalls vorab veröffentlichten Redetext wissen: "Die Stabilität unserer Bank steht nicht mehr in Frage, viele, wenn auch nicht alle Probleme vergangener Jahre sind abgearbeitet." Die Deutsche Bank habe auf einen Pfad zu nachhaltiger Profitabilität zurückgefunden. Vorstandschef Sewing macht gegenüber den Aktionären deutlich, dass die Bank nie gesagt habe, sich aus dem Kapitalmarktgeschäft zurückziehen zu wollen. Vielmehr habe sich das Geldinstitut auf die Stärken in der Sparte konzentriert. "Wir haben unsere Investmentbank in den vergangenen Jahren viel stärker auf die Dienstleistungen ausgerichtet, die heimische Unternehmen gerade jetzt dringend benötigen." Unterdessen bereitet sich die Deutsche Bank auf Fusionen und Übernahmen in der Finanzbranche vor. "Größe wird im Finanzsektor immer bedeutender", konstatierte Sewing.

[manager-magazin.de]

[handelsblatt.com]

[finanzbusiness.de]

[boerse.de]

[finanzen.net]

Meldungen

EZB rechnet nach Corona-Krise mit Risiken für Finanzstabilität

Europas Währungshüter sehen auch für die Zeit nach der Corona-Krise erhöhte Risiken für die Finanzstabilität im Euroraum. In einigen Ländern seien "deutlich höhere Insolvenzquoten als vor der Pandemie nicht auszuschließen", teilte die Europäische Zentralbank (EZB) in ihrem heute veröffentlichten halbjährlichen Finanzstabilitätsbericht mit. Das könnte wiederum Staaten und Banken belasten, welche die Unternehmen während der Pandemie unterstützten. "Eine höhere Schuldenlast der Unternehmen in Ländern mit größeren Dienstleistungssektoren könnte den Druck auf Regierungen und Banken in diesen Ländern erhöhen", erläuterte EZB-Vizepräsident Luis de Guindos. Die Geldinstitute sollten sich mit einer erhöhten Vorsorge für mögliche Ausfälle rüsten.

[finanzen.net]

[ecb.europa.eu](Finanzstabilitätsbericht)

Julius Bär legt beim Vermögen zu

Die Schweizer Privatbank Julius Bär hat in den ersten vier Monaten 2021 ihre verwalteten Vermögen auf 470 Milliarden Franken (428 Milliarden Euro) gesteigert, nach 434 Milliarden Franken Ende 2020. Wie aus den heute veröffentlichten Angaben des Geldhauses hervorgeht, profitierte es von Neugeldzuflüssen, boomenden Finanzmärkten und Währungseffekten. Der Abbau von Arbeitsplätzen und weiteren Kosten trugen demnach zu positiven operativen Effekten bei.

[fuw.ch]

[moneycab.com]

China setzt Kryptowährungen unter Druck

Die chinesischen Verbände der Finanzindustrie haben den Handel mit Kryptowährungen erneut verboten und damit die Cyberdevisen heute unter Druck gesetzt. So rutschte der Bitcoin nach Medienangaben erstmals seit

Bankenbrief

Februar im Handelsverlauf wieder unter 40.000 US-Dollar (32.780 Euro), auch Ethereum gab deutlich nach. Cyberdevisen seien "nicht durch reale Werte unterlegt" und ihre Preise könnten "leicht manipuliert" werden, wurde aus einer Mitteilung zitiert.

[de.investing.com]

[handelsblatt.com]

Inflation in Eurozone bei 1,6 Prozent

Die Verbraucherpreise lagen in der Eurozone im April 1,6 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Das teilte das Statistikamt Eurostat heute in Luxemburg laut einer zweiten Schätzung mit. Im März hatte die Inflationsrate bei 1,3 Prozent gelegen. Die Kerninflation, also die Preisentwicklung ohne schwankungsanfällige Komponenten wie Energie oder Lebensmittel, sank von 0,9 auf 0,7 Prozent. Manche Ökonomen sehen die Kernrate meist als verlässlicher für die Entwicklung an.

[finanzen.net]

Überstunden in Pandemie zurückgegangen

Trotz Pandemie und Homeoffice für viele Unternehmen haben die Beschäftigten in Deutschland im vergangenen Jahr 1,67 Milliarden Überstunden geleistet. Das geht aus einer heute veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervor. Zwar ist die Zahl der Überstunden im Vergleich zum Vorjahr mit damals 1,86 Milliarden gesunken, wie die vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung stammenden Daten ausweisen. Jedoch ist der Anteil der Überstunden am Arbeitsvolumen mit 3,2 Prozent nur um 0,3 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Mehr als die Hälfte der Überstunden – 892 Millionen – waren unbezahlt.

[faz.net]

Die Köpfe

Finanzausschuss legt beim Wirecard-Gesetz nach

Nach Angaben der finanzpolitischen Sprecherin der CDU-Bundestagsfraktion, Antje Tillmann, hat der Finanzausschuss das sogenannte Wirecard-Gesetz (Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz/FISG) überarbeitet. "Als Koalitionsfraktionen haben wir das Gesetz an diversen Punkten verbessert und die reichhaltigen Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss eingearbeitet", wird Tillmann heute zitiert. Vereinbart worden seien eine Bilanzkontrolle aus einer Hand, höhere Haftung bei der Abschlussprüfung, mehr Transparenz bei Berufspflichtverletzungen sowie eine Stärkung von Aufsichtsräten. "Bei der Bilanzkontrolle hat sich das bisher zweistufige Verfahren mit Bafin und der privaten Prüfstelle nicht bewährt", ergänzte der Unions-Obmann im Wirecard-Untersuchungsausschuss, Matthias Hauer. Nach weiteren Medienangaben müssen große börsennotierte Konzerne nicht mehr befürchten, dass ihnen im laufenden Geschäftsjahr der Abschlussprüfer genommen werden könnte.

[boersenzeitung.de]

[de.marketscreener.com]

Börsenchef Weimer will expandieren

Theodor Weimer, Chef der Deutschen Börse, hat Geld für Zukäufe zurückgelegt. "Mir ist bewusst: Angesichts unseres starken Jahres 2020 hätten wir auch etwas mehr Dividende ausschütten können", räumte Weimer heute bei der Hauptversammlung ein. "Aber wir brauchen auch Geld für weiteres Wachstum durch Zukäufe." Für das abgelaufene Geschäftsjahr sollen die Aktionäre mit 3 Euro je Anteilsschein eine um 10 Cent höhere Dividende erhalten.

[finanzen.net]

[wiwo.de](bezahlpflichtig)

Salama bei Deutscher Bank zum Geldwäsche-Beauftragten ernannt

Joe Salama, bislang Chef der US-Rechtsabteilung der Deutschen Bank, soll künftig gegen Geldwäsche vorgehen. Deutschlands größte Bank ernannte den 47-Jährigen zum neuen globalen Leiter der Abteilung zur Bekämpfung von Finanzkriminalität, wie aus gestern Abend zitierten Angaben des Geldinstituts

hervorgeht. Salama ist Nachfolger von Stephan Wilken, der im Konzern neue Aufgaben übernehmen wird. Der Wechsel soll zum 1. Juli erfolgen.

[handelsblatt.com]

Familienministerin Giffey scheidet aus Regierung aus

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey hat um Entlassung aus ihrem Amt gebeten. Hintergrund sind die gegen sie gerichteten Vorwürfe wegen ihrer Doktorarbeit und einer möglichen Aberkennung ihres Titels. "Die Mitglieder der Bundesregierung, meine Partei und die Öffentlichkeit haben aber schon jetzt Anspruch auf Klarheit und Verbindlichkeit", teilte Giffey heute mit. An ihrer SPD-Spitzenkandidatur bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September hält sie fest. Wie die SPD-Chefs Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans mitteilten, soll Justiz- und Verbraucherschutzministerin Christine Lambrecht Giffey's Aufgaben bis zum Ende der Legislaturperiode übernehmen.

[businessinsider.de]

[spiegel.de]

Am Vortag meistgeklickt

BaFin will mit Fokusaufsicht und Taskforce starten

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) will als Konsequenz aus dem Wirecard-Skandal sowie dem Zusammenbruch der Greensill Bank künftig sehr viel genauer "hinter die Fassade" von Banken und anderen Unternehmen schauen, deren Geschäftsmodell sehr komplex ist oder sehr innovativ erscheint. "Bei solchen Unternehmen wollen wir schneller, genauer und aus erster Hand wissen, wo die Erträge herkommen, denn wo das Geld verdient wird, liegen die Risiken", sagte der Chef der Bankenaufsicht, Raimund Röseler, heute bei der Online-Jahrespressekonferenz der Behörde. "Wenn wir auf intransparente Verhältnisse stoßen und uns keine Klarheit verschaffen können, handeln wir – und schränken die Geschäfte notfalls ein." Das Pilotprojekt der künftigen Fokusaufsicht, die Kontrolle komplexer oder sehr innovativ erscheinender Unternehmen aus einer Hand, solle noch im Mai an den Start gehen, kündigte Röseler an. Zudem soll ab Mitte August eine

Bankenbrief

Eingreiftruppe starten, "die von jetzt auf gleich ausrücken kann, um an Ort und Stelle zu prüfen, in den Unternehmen", fügte er hinzu. Gerade wenn es schnell gehen müsse, wolle die BaFin kein zeitraubendes Vergabeverfahren anstoßen müssen, um einen Wirtschaftsprüfer zu beauftragen. Mit Blick auf die Corona-Krise ergänzte Röseler, diese werde die Banken noch eine Weile beschäftigen: "Wir müssen davon ausgehen, dass nicht alle von der Pandemie gebeutelten Unternehmen der Realwirtschaft wieder gesunden." Der tatsächliche Wertberichtigungsbedarf der Institute werde sich erst zeigen, wenn die staatlichen Hilfsprogramme ausgelaufen seien und das Insolvenzrecht wieder in vollem Umfang greife. Mit welchen Verzögerungen sich das bei den Banken niederschlagen werde, sei kaum abzusehen. Das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) von Banken dürfte teuer werden. "Wir würden nicht ausschließen, dass es in eine Größenordnung geht von der Hälfte des Jahresüberschusses, die da im Feuer stehen kann", prognostizierte Röseler.

[finanznachrichten.de]

[handelsblatt.com]

[finanztreff.de]

[capital.de]

Was morgen wichtig wird

Der Verband der Vereine Creditreform mit Sitz in Neuss stellt eine Studie zu Unternehmensinsolvenzen 2020 in Europa vor. – Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden äußert sich zum Außenhandel des ersten Quartals 2021. – Das Bundesfinanzministerium veröffentlicht seinen Monatsbericht für Mai. – In Brüssel beraten die EU-Handelsminister unter anderem über die Handelsbeziehungen zu den USA und China sowie über eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO).

Der Nachschlag

Mit Erfahrung zur EM: Löw benennt Fußballkader

Vor dem Fußballspiel steht die Nominierung: Bundestrainer Joachim Löw hat heute seinen 26-köpfigen EM-Kader vorgestellt, darunter auch die beiden zuvor aussortierten Weltmeister Thomas Müller und Mats Hummels. "Wir haben gesagt, dass wir alles nochmals auf den Kopf stellen, jeden Stein umdrehen, um die bestmöglichen Entscheidungen zu treffen und alles dem Erfolg unterzuordnen", sagte Löw in Frankfurt/Main. Wen er bei der vom 11. Juni bis 11. Juli angesetzten Europameisterschaft in zehn europäischen Städten auflaufen lässt, lesen Sie hier:

[kicker.de]

[sport1.de]